

Arbeitsplätze schaffen – Steuern runter



Peter Rzepka
MdB

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert die Bundesregierung auf, noch in diesem Jahr neben Struktur-reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts und zur Senkung der Lohnnebenkosten auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern und beratungsfähige Gesetzesentwürfe vorzulegen.

Peter Rzepka, Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages und dort zuständig für die Unternehmensbesteuerung, erklärte, dass angesichts

der höchsten Arbeitslosigkeit in der Geschichte und des steigenden internationalen Wettbewerbsdrucks dringender Handlungsbedarf für eine umfassende Unternehmensteuerreform bestehe. In der Europäischen Union hätten etwa Österreich und die neuen Beitrittsstaaten in der letzten Zeit ihre Steuersätze deutlich unter das deutsche Niveau gesenkt. Die Union wolle, so Rzepka, die Unternehmensteuersätze senken und das Steuersystem einfacher, gerechter und leistungsfähiger gestalten. Die Steuerlast müsse so bemessen sein, dass es sich wieder lohne, in unserem Land zu investieren, Betriebe zu gründen und Familienun-

ternehmen fortzuführen, um so neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu erhalten. In einem ersten Schritt sollte der Steuersatz für Kapitalgesellschaften von gegenwärtig 38 Prozent auf unter 35 Prozent einschließlich Gewerbesteuerbelastung gesenkt werden. Personenunternehmen, die der Einkommensteuer unterliegen, sollten mit ihrem im Unternehmen verbleibenden Gewinn ebenfalls von niedrigeren Steuersätzen profitieren können. Gegenstand der Reformvorstellungen der Union ist auch die Abschaffung der in anderen Staaten nicht vorkommenden Gewerbesteuer. Schließlich will die Union die Erbschaftsteuer für

den Mittelstand abschaffen, wenn das Unternehmen von den Erben zehn Jahre fortgeführt wird. Dadurch soll der Erhalt von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft gesichert werden. Denn entgegen den Beteuerungen der Bundesregierung haben viele Mittelständler nicht von den Steuersenkungen der letzten Jahre profitiert, weil die inflationsbedingte Steuerprogression und der Solidaritätszuschlag die Vorteile wieder zunichte gemacht haben. Peter Rzepka: „Die Reformvorschläge der Union liegen mit dem „Konzept 21“ auf dem Tisch. Der Bundeskanzler sollte seine Politik der ruhigen Hand aufgeben.“

IN KÜRZE

Eva Köhler Schirmherrin



Die Ehefrau des Bundespräsidenten, Eva Luise Köhler (links im Foto) übernahm offiziell die Schirmherrschaft über die Allianz Chronischer Seltener Erkrankungen (Achse), einem jungen Zusammenschluss von Selbsthilfegruppen. Frau Köhler will eine Lobby für Menschen mit seltenen chronischen Krankheiten schaffen. (Foto: Bundespräsidialamt)

Kriminalstatistik belegt: Weniger Polizei = weniger Sicherheit

Zur der aktuell vorgelegten Kriminalstatistik erklärt der Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Frank Henkel:



Frank Henkel
MdB

Der Innenminister und sein Polizeipräsident irren, wenn sie sagen, die Kriminalität in Berlin sei zurückgegangen. Denn in der Regel ist ein Rückgang von Fallzahlen auch mit einem Rückgang der Kontrollen verbunden. Die

politische Linke verleugnet dies jedoch. Eine Tatsache ist: Immer weniger Polizei bedeutet auch, dass immer weniger Straftaten festgestellt werden können. Der Rückgang der Kriminalität ist also ein Ammenmärchen. Die Statistik besagt, dass es 2004 eine Abnahme der bekannt gewordenen Straftaten um rund 24.000 Fälle gab. Der Innenminister sagt: Die niedrigste Fallzahl der letzten 12 Jahre. Falsch. Denn die Statistik ist eine sogenannte Ausgangsstatistik: Belegt werden nur abgeschlossene Ermitt-

lungsverfahren und nicht die bekannt gewordenen Straftaten. Im Einzelnen: Nach wie vor gibt es rund 540.000 Straftaten. Die Aufklärungsquote betrug 2003 noch 49,7 % und sank 2004 auf 48,5 %. Dies macht deutlich: Der eklatante Personalabbau von Innensenator Körting beim Polizeivollzugsdienst hinterlässt Spuren. Rauschgiftdelikte nahmen zu, die Zahl der Drogentoten stieg. Allein deswegen sollte der rot-rote Senat von seiner „liberalen Drogenpolitik“ schnellstens abrücken. Ebenfalls zuge-

nommen haben Straftaten gegen das Waffengesetz, Gewaltkriminalität, gewerbs- und bandenmäßige Einschleusen von Ausländern, Ausländerkriminalität und Jugendgruppengewalt. Gab es 2001 noch rund 17.400, waren es 2004 noch rund 16.500 Polizisten. Fazit: Weniger Personal, weniger ermittelte Straftaten, geringere Aufklärungsquoten. Die Kriminalität in Berlin ist weiterhin besorgniserregend hoch. Deshalb: Keine weiteren Kürzungen im Bereich der Inneren Sicherheit!

Frauenhandel

Als „Schweigekartell der linken Szene“ bewertet die FU-Bundenvorsitzende, Maria Böhmer, den Versuch rot-grüner Politikerinnen, zum Weltfrauentag das Thema Frauen- und Menschenhandel zu meiden. Sie „scheinen auf einem Auge blind zu sein“, monierte Böhmer.

Unmut gegen

Franz Müntefering

Die Unzufriedenheit in der SPD-Fraktion ist groß. Viele Genossen nehmen Müntefering seinen autoritären Führungsstil übel. Andererseits wird ihm vorgehalten, sich nicht energisch genug gegenüber den Grünen abzugrenzen (Die Welt 10.03.2005).

Wulff über Schröder

Ministerpräsident Christian Wulff sieht seine politische Zukunft in Niedersachsen. Er werde noch eine „sehr lange Wegstrecke brauchen“, sagte Wulff dem „Stern“. Zugleich machte er deutlich, dass Kanzler Schröder ein „schlagbarer Gegner“ sei. Denn auf Grund seiner Politik der „faulen Hand“ werde die Arbeitslosigkeit bis 2006 nicht nachhaltig sinken.

Starke Bezirke - Starke Demokratie vor Ort

Fragt man einen Berliner wo er herkommt, so hängt die Antwort davon ab, wo man dies tut.

Im Urlaub wird er schlicht sagen „aus Berlin“. In Berlin selbst, nennt er seinen Bezirk, meistens aber den Stadtteil. Diese Ortsverbundenheit nimmt die Berliner Union in der aktuellen Diskussion um eine Stärkung der Bürgerrechte zum Anlass eine rechtliche Stärkung der Bezirke und die Einführung sogenannter Orteilbeiräte zu fordern. Die Bezirke sollen, so die CDU, über ein Anreizsystem an den Einnahmen des Landes

beteiligt und Sonderprogramme in die regulären Haushalte der Bezirke überführt werden. Der Rat der Bürgermeister soll nach dem Willen der Berliner Christdemokraten Anhörungsrechte erhalten. Ebenso soll es ein Klagerecht vor dem Verfassungsgerichtshof geben. Die Bezirksbürgermeister sollen, wie in anderen Bundesländern, direkt gewählt werden. Die Bürgerinteressen sollen außerdem durch die Einrichtung von ehrenamtlichen Orteilbeiräten gestärkt werden, die sich an den Grenzen der Wahlbezirke zum Abgeordnetenhaus orientieren.

SPD-Schulpläne: Autoritär und leistungsfeindlich

Die SPD hat „eine längere gemeinsame Schulzeit über die sechsjährige Grundschule hinaus“ gefordert. Die CDU Berlin weist dieses entschieden zurück.



Gerhard Schmid

„Die SPD strebt damit ein autoritäres, leistungsfeindliches Schulsystem an“, sagt Gerhard Schmid, Vorsitzender des Forums Schulpolitik und berufliche Bildung in der CDU Berlin. PISA habe gezeigt, dass zwar kleine Einheitsschulen in

Finnland und Kanada sehr gute Ergebnisse erzielen können, aber unter ganz anderen Verhältnissen als im verstädterten Deutschland. Hier haben Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen mit einem klar gegliederten Schulsystem und Übergang nach der 4. Klasse in die weiterführenden Schulen die besten Ergebnisse bei PISA erzielt, die auch international mithalten können. Ein vielfältig gegliedertes Schulwesen bei großer Durchlässigkeit ohne Sackgassen sei auch für Berlin das Ziel, so Schmid.